Der Landrat

Beratungsergebnis

der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, dem 01.09.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

5. Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie
- Bericht des Jugendamtes - mdl. Bericht -
- Bericht zum Umsetzungsstand des Programms "Aufholen nach Corona"
Tagesordnungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 21.08.2021 - DS-Nr.: 5524 -

Die Verwaltung stellte anhand einer Präsentation (s. Anlage) die Fallzahlentwicklung 2021 bei den Hilfen zur Erziehung und die Eckpunkte des Programms „Aufholen nach Corona“ vor.

Insgesamt sei festzustellen, dass sich bei den Hilfen zur Erziehung während der Coronazeit die Zielgruppen teilweise verschoben hätten.

Bei den stationären Hilfen seien Hilfen beendet worden, weil der Wunsch, während der Coronazeit in der Familie zu bleiben, sehr hoch gewesen sei. Dieser Effekt kehre sich gerade um: Jugendliche würden eine Rückkehr in die stationäre Unterbringung anstreben, da sie es in den Familien jetzt nicht mehr aushalten würden.

Einen deutlichen Anstieg von Hilfen gebe es bei den Schulbegleitungen, vor allem für Grundschülerinnen und Grundschüler. Es werde ein weiterer Anstieg erwartet. Allerdings sei es für die Träger schwierig, kurzfristig geeignetes Personal zu finden. Etliche ehemalige Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter hätten sich während der Coronazeit beruflich verändert.

Die Verwaltung berichtete weiter, dass der Anteil der fachlichen Meldungen von Kindeswohlgefährdungen aufgrund der Schulschließungen zurückgegangen sei. Auch gebe es viele Meldungen, wo es keine Kinderwohlgefährdungen, aber Unterstützungsbedarf gebe.

Bzgl. des Programms „Aufholen nach Corona“ verwies die Verwaltung auf die unterschiedlichen Fördertöpfe. Momentan sei eine Kollegin in der Verwaltung nur damit beschäftigt, die Rahmenbedingungen zu sichten. Konkrete Förderbedingungen seien derzeit noch nicht formuliert, auch werde es kein vereinfachtes Verfahren geben. Man müsse daher Vorsorge dafür tragen, dass man verwaltungsseitig den Nachweispflichten nachkommen könne, so dass keine Rückforderungsansprüche entstehen. Geklärt werden müsse auch, welche Maßnahmen man jetzt fördere, wenn gleichzeitig klar sei, dass die Förderung spätestens Ende 2022 auslaufe. Derzeit würden diesbzgl. Abstimmungsgespräche mit der Abteilung Bildung laufen, die ebenfalls Fördermittel erhalten würde und vor den gleichen Herausforderungen stehe. Für die Umsetzung der Maßnahmen würden außerdem Träger benötigt, die dann wiederum das zur Umsetzung erforderliche Personal benötigten. Aus Sicht der Verwaltung sollten möglichst nachhaltige Angebote gefördert werden.

Die SPD-Fraktion führte aus, es sei wichtig, keine falschen Erwartungen zu wecken. Es sei schwierig, auf dieser Basis Angebote zu planen, wenn man nicht wisse, ob man hierfür Menschen finde und dann auch noch ein komplexes Antragsverfahren zu bewältigen sei.

Die CDU-Fraktion unterstrich, dass es z.B. schon bei den normalen Sportangeboten schwierig sei, Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu finden.

Die GRÜNE-Fraktion bestätigte, dass die Problematik bekannt sei. Ihr sei es wichtig, dass auch in diesem Zusammenhang die Partizipation in den Fokus gerückt werde. Auch stelle sich hier die Frage, wie der Jugendhilfeausschuss dem Fachkräftemangel begegnen könne.

Die Vorsitzende hielt fest, dieser Sachstand sei frustrierend. Ggf. mache es Sinn, den Landkreistag anzuschreiben und auf die geschilderten Problemlagen aufmerksam zu machen. Es dürfe hinterher nicht heißen, dass die Mittel nicht ausgeschüttet wurden, weil die Kommunen dazu nicht in der Lage waren.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden stellte die GRÜNE-Fraktion fest, dass ihre Anfrage damit beantwortet sei.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen